

Europapolitik in der Dauerkrise: zeithistorische Diagnosen, globale Perspektiven und deutsche Erwartungen

von Andreas Wirsching

Die Krise der Euro-Zone hat längst historische Dimensionen angenommen. Für gesichert gehaltene Errungenschaften der europäischen Integration wurden zumindest diskursiv in Frage gestellt, eine breite Welle anti-europäischer Affekte trat zum Vorschein. Zudem untergräbt die Krise allzu wohlfeile teleologische Deutungen der Integrationsgeschichte. Gleichwohl sind die jüngst überall hörbaren Kassandrarufe unangebracht, denn sie schüren anti-europäische Ressentiments und ignorieren, dass in der Vergangenheit nahezu jede Krise mit einem weiteren, wenngleich stets mühsamen Integrationsschritt beantwortet wurde. Die europäischen Regierungen sind dabei gefordert, die sozialen Verwerfungen der Finanzkrise so zu begleiten und möglichst zu gestalten, dass sie den Rahmen demokratischer Kultur und Politik nicht sprengen. Der vorliegende Beitrag begründet diese Schlussfolgerungen durch einen dreifachen Blick auf die europäische Entwicklung, ausgehend von unterschiedlichen zeithistorischen Diagnosen über eine global vergleichende Perspektive bis hin zu einer Diskussion zur Rolle Deutschlands in Europa.

The crisis of the Eurozone has already reached major historical dimensions. Certain truths relating to European integration have come under attack as a broad wave of anti-European sentiment spread across the continent. The crisis thus erodes any all-too banal teleological interpretations of the history of integration. However, the large variety of contemporary prophecies of impending doom are inappropriate as they induce anti-European resentment and ignore the fact that nearly all past crises have led to further (even if painful) integrative steps. In this light, the European governments are called upon to manage the social consequences of the on-going crisis in a way that avoids potential damage to the framework of democratic culture and politics. This conclusion is substantiated through a threefold look at the European project, from different views in contemporary history via a globally comparative analysis to a discussion of Germany's role in Europe.

I. Einleitung

Es wäre interessant, einmal systematisch zu untersuchen, was in der öffentlichen Debatte über Europa in den letzten fünfzig Jahren dominierte: Überwog der

Optimismus, der sich aus gelungenen europapolitischen Schritten speiste und sich in der Hoffnung auf weiteren Fortschritt in Europa verdichtete? Oder mündete nicht weitaus häufiger die Diagnose der Krise in die Klage über europäische Perspektivlosigkeit? Im Wahljahr 2013 jedenfalls scheint die Antwort einfach: Die Europäische Union und mit ihr die Eurozone sind in der Dauerkrise, und niemand kennt die Lösung. Selbst wenn man Ende des Jahres 2012 vorübergehend glauben konnte, Europa komme allmählich zur Ruhe, so sah man sich im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2013 rasch getäuscht. Fast sah es düsterer aus denn je. Griechenland kam nicht auf die Beine. Italien litt nach den Parlamentswahlen vom 24./25. Februar 2013 unter einer prolongierten Regierungskrise, und allein die vage Aussicht auf eine Rückkehr *Silvio Berlusconis* in ein Ministeramt ließ italienische Staatsanleihen steigen, den Kurs des Euro aber sinken. Die neu inthronisierte französische Regierung unter dem Sozialisten Präsident *François Hollande* kämpfte vergeblich gegen die Rezession und verlor überdies ihren Haushaltsminister *Jérôme Cahuzac* aufgrund eines veritablen Skandals, gestrickt aus Schwarzgeld und Lüge. Spanien steht vor dem wirtschaftlichen Kollaps und verzeichnet neben seinen Staatsschulden Rekordziffern der Jugendarbeitslosigkeit. In Zypern waren Banken und Staatsfinanzen nur zu retten durch die Teilenteignung wohlhabender Sparer, womit ein lange Zeit gehaltenes Tabu gebrochen wurde. Die Länderliste ließe sich fortsetzen. Sie ist eingebettet in einen offenkundig unaufhaltsamen wirtschaftlichen Abschwung, hohe Arbeitslosigkeit und ein Wiederaufflackern nationaler Stereotypen in der Euro-Zone. Kein Wunder jedenfalls, dass ganz Europa von einer Welle der Europafeindschaft erfasst wird, vorneweg natürlich Großbritannien, wo Premierminister *David Cameron* die populäre „Los-von-Europa“-Stimmung mit dem riskanten Versprechen eines neuen Referendums über die britische EU-Mitgliedschaft einzudämmen sucht.

Daran also, dass die Europäische Union sich nach wie vor in ihrer tiefsten historischen Krise befindet, lässt sich schlechterdings nicht zweifeln. Was als Schuldenskrise begann, entwickelte sich zur tiefgreifenden innereuropäischen Vertrauenskrise, die inzwischen auch die demokratischen Fundamente Europas zu bedrohen und den europäischen Zusammenhalt insgesamt zu gefährden scheint. „Statt Europa zusammenzuführen, spaltet der Euro den Kontinent“, so lautete schon 2011 eine entsprechend pessimistische Diagnose: „Geschichte [ist] kein linearer Prozess. Europa kann wieder zerfallen, so wie es geeint wurde.“¹ Gleichwohl lautet eine vielleicht banale, aber doch aufschlussreiche Erkenntnis,

1 Schieritz, M.: Rebellion gegen den Euro, in: Die Zeit, 20.4.2011.

die sich aus der Analyse der letzten fünf Krisenjahre Europas ziehen lässt: Keineswegs haben die zahlreichen europapolitischen Alarmisten und Kassandras recht behalten. Der Euro existiert fort, seine Wechselkurse sind nicht zusammengebrochen, und die Eurozone steht vor ihrer Erweiterung: Lettland wurde am 9. Juli 2013 offiziell aufgenommen und wird zu Beginn des Jahres 2014 ihr Mitglied werden; Litauen strebt den Beitritt zum 1. Januar 2015 an, und auch das jüngste EU-Mitglied Kroatien will den Euro „so schnell wie möglich“ einführen.² Während also insbesondere in Deutschland nicht geringe Kräfte den Austritt aus der Eurozone fordern, hoffen andere auf raschen Eintritt.

Nun haben offenkundig prekäre Krisensituationen einen Vorteil: Sie regen zum Innehalten, zur Neuerwägung und zum Nachdenken an. Insofern ist es nützlich, die gegenwärtige Krise aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten. Hierzu gehört auch eine zeithistorische Reflexion über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Historisches Orientierungswissen über die Entwicklung Europas in die aktuelle Debatte einzubringen bedeutet zugleich den Versuch, schon die Gegenwart ein Stück weit zu historisieren. Auch die deutschen und globalen Perspektiven auf die gegenwärtige Dauerkrise Europas können dadurch geschärft werden.

II. Zeithistorische Diagnosen

Eine wesentliche Erkenntnis, die sich aus der historischen Betrachtung eines jeden Gegenstandes ergibt, ist seine grundsätzliche Wandelbarkeit. Das gilt auch und gerade für die Vorstellungen, Auffassungen und Bilder, mit denen Europa, die EU und ihre Weiterentwicklung tagtäglich belegt werden. Wie rasch sich solcher Wandel vollziehen kann, lässt sich am Beispiel der amerikanischen Europa-Perzeption beobachten. Während der 1990er und 2000er Jahre verschlechterte sich das amerikanische Bild von Europa kontinuierlich. Mit ermüdender Regelmäßigkeit wurde der wirtschaftliche, militärische und letztlich auch kulturelle Rückstand gegenüber den USA diagnostiziert. Amerikaner, aber auch viele Europäer, die ihren Kontinent „modernisieren“ wollten, formten gemeinsam das Bild eines selbstgenügsamen, unflexiblen und verkrusteten Europas, das in der Gefahr stand, im weltweiten Wettbewerb den wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Anschluss zu verlieren. Solche Unterschiede wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer häufiger in einer geradezu „manichäischen“

2 „Im Gespräch: Kroatiens Notenbankchef Vučić“, in: FAZ, 29.6.2013.

Sprache formuliert.³ Die schärfste Antithese formulierte der amerikanische Neokonservative und Politikberater *Robert Kagan* mit seinem vielgepriesenen und einflussreichen Bestseller *Paradise and Power*. Das Buch erschien im Jahre 2003, also auf dem Höhepunkt der transatlantischen Entfremdung infolge des zweiten Irak-Krieges, und aus dieser Situation heraus muss es auch verstanden werden. Jedenfalls behauptete *Kagan*, in Bezug auf den Gebrauch der Macht gebe es zwei scharf unterschiedene, ja faktisch inkompatible Philosophien in Europa und den USA. Mars treffe auf Venus: Während die USA die offenkundigen Gefahren der neuen Weltordnung – Terrorismus und „Schurkenstaaten“, Fundamentalismus und ethnische Konflikte weltweit – erkannten und bereit waren, ihnen machtvoll und wenn nötig auch militärisch entgegenzutreten, verlor sich Europa in gewollter Machtlosigkeit und gab sich weltfremden Wohlstandsträumereien hin. Während die Amerikaner mit ihrer Militärmacht die Kastanien aus dem Feuer holten, träumten die Europäer von *Immanuel Kants* „Ewigem Frieden“ und suchten sich in einer abgeschlossenen, aber unrealistischen Welt einzurichten, die aus Recht und Gesetz, transnationalen Verhandlungen und Kooperationen bestand. Es sei daher definitiv an der Zeit, nicht länger so zu tun, „als hätten die Europäer und Amerikaner die gleiche Weltsicht oder als würden sie auch nur in der gleichen Welt leben“.⁴ *Kagans* Buch traf einen zentralen Nerv der Zeit und erfuhr überwiegend begeisterte Zustimmung. Zusammen mit der ökonomischen Kluft, die sich zwischen den beiden Seiten des Atlantiks auftat, und der scheinbaren Dauerkrise, in der sich die Europäische Union schon damals zu befinden schien, drängte sich der Eindruck eines *End of Europe* auf.⁵

Doch schon bald erwies sich die Kurzlebigkeit solcher Zuschreibungen. Das friedenspolitische Scheitern der USA im Irak, die schwere, in den USA verursachte weltweite Finanzkrise des Jahres 2009 und der unter Präsident *Obama* versuchte Neuanfang der transatlantischen Beziehungen beendeten rasch die Konjunktur der „manichäischen“ Konstruktionen à la *Kagan*. Manches kategoriale Urteil revidierte sich von selbst, und seit 2008 begann sich die Perspektive zu verändern. Einfluss gewannen nun plötzlich Wortmeldungen, die sich nicht

3 Baldwin, P.: *The Narcissism of Minor Differences. How America and Europe are Alike. An Essay in Numbers*, Oxford, 2009, 2.

4 Zit. nach der deutschen Übersetzung, *Kagan, R.*: *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, München 2004, 9.

5 Garton Ash, T.: *The New Anti-Europeanism in America*, in: Lindberg, T. (Hrsg.): *Beyond Paradise and Power. Europe, America and the Future of a Troubled Partnership*, New York/London, 2005, 121-133; Cohen-Tanugi, L.: *The End of Europe?*, in: *Foreign Affairs*, 84/6 (2005), 55-67.

nur von dem aufflackernden Anti-Europäismus der Amerikaner distanzierten, sondern Europa sogar als Modell der Zukunft priesen. So erschien 2010 das enthusiastisch rezensierte Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers und Publizisten *Steven Hill* über *Europe's Promise* mit dem sprechenden Untertitel: *Why the European Way is the Best Hope in an Insecure Age*. Hier wurde nun plötzlich ein ganz anderes Bild gezeichnet, als es *Kagan* sieben Jahre zuvor getan hatte: Nun war jenseits des Atlantiks eine „Weltmacht“ entstanden, welche im Begriff war, allgemeingültige Regeln neu zu definieren. Wenn man wissen wollte, wie moderne Gesellschaften wirtschaftliche Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und globale Stabilität herstellen konnten, dann sollte man, so der Autor, nach Europa blicken.⁶ Während also der neokonservative *Kagan* das Bild eines schwachen, „femininen“ Europa brauchte, um die amerikanische Politik der Stärke zu rechtfertigen, konstruierte *Hill* ein starkes Europa, um die inzwischen grell zu Tage getretenen amerikanischen Probleme beim Namen zu nennen und dem heimischen Publikum einen Weckruf entgegenzuschleudern.

Dieser Befund und der rasche Wechsel ganz konträrer und so offenkundig zeit- und standortgebundener Narrative stimmen nachdenklich. Entsprechend unterkomplexe Zuschreibungen verfügen dann meist nur über eine kurze Halbwertzeit; und die Konjunkturabhängigkeit solcher Diagnosen ist ein sicheres Zeichen dafür, dass sie nur kleine Ausschnitte der Wirklichkeit erfassen. Nicht nur für Historiker, sondern auch für Ökonomen, Politik- und Kulturwissenschaftler ist dies eine Mahnung vor zu raschen Festlegungen: Europa, sein Standort, sein Entwicklungspotential und selbst seine Krise sind nichts, was leicht greifbar oder sogar empirisch messbar wäre.

Umgekehrt bedeutet dies, dass man sich der Relativität allzu rascher Gegenwartsdiagnosen und forschter Zukunftsprognosen bewusst sein sollte. Auch führt ein chronologisch-lineares Konzept in die Irre, in dem etwa dem politisch-institutionellen Entwurf Europas seine Krise folge, die dann wiederum überwunden werden könne. Vielmehr gehören die Vorstellung von der Zukunft Europas und die Diagnose seiner Krise unmittelbar zusammen und sind kognitiv aufeinander bezogen. Die historische Betrachtungsweise verlangt es daher, die jeweils konträren Dimensionen zusammenzudenken und auf ihrer Basis eine differenzierte Antwort zu geben. Dem entspricht die Lehre der europäischen Nachriegsgeschichte, dass zwischen Krise und Integration ein unleugbarer Zusam-

6 *Hill, S.: Europe's Promise. Why the European Way is the Best Hope in an Insecure Age*, Berkeley, 2010, 73.

menhang besteht. Schon die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) war 1951 ganz unmittelbar aus der Krise geboren. Vor allem Frankreich befand sich in einer dilemmatischen, fast ausweglosen Situation zwischen einem sich abzeichnenden (west-)deutschen Wiederaufstieg und anglo-amerikanischer Indifferenz gegenüber traditionsverhafteten nationalfranzösischen Wünschen und Ängsten. Und es war diese Krise der französischen Politik, die den *Schuman-Plan* als adäquaten Schlüssel zu ihrer Lösung und zugleich als supranationalen Quantensprung hervorbrachte. Ähnlich verhielt es sich anfangs der 1980er Jahre, als sich (West-)Europas Situation in der Welt geradezu dramatisch eintrübte. Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit, immer drängendere Haushaltsprobleme, wachsender technologischer Rückstand zu den USA und zu Japan sowie sicherheitspolitische und ökologische Sorgen ließen die Europäer zusammenrücken. Dies bereitete den Weg nach Maastricht, zur Europäischen Union, zum einheitlichen Binnenmarkt und zur gemeinsamen Währung.

Der Vertrag von Maastricht hatte manche Schwächen, aber er machte Europa doch wetterfest genug, um die unerwartete historische Herausforderung zu bestehen: Sie lag darin, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Freiheit Europas zu sichern, den ost- und ostmitteleuropäischen Völkern Hoffnung zu vermitteln und dies alles, ohne dass an die Stelle der politisch-ideologischen Spaltung unüberwindbare ökonomisch-kulturelle Schranken traten. Die Gefahr, dass das ökonomische Ungleichgewicht zur politischen Destabilisierung und der Marktshock in den postkommunistischen Staaten zu einer neuen Teilung Europas führte, war zu Beginn der 1990er Jahre nämlich viel größer, als es den heutigen Kritikern Europas im allgemeinen bewusst ist.⁷ Zugleich aber mündete das Europa von Maastricht, das ja ein dezidiert westeuropäisches Projekt war, ganz unmittelbar in die Phase einer beschleunigten Technisierung und Globalisierung; und damit verband sich eine neue Krisenentwicklung, mit der sich Europa während der 1990er Jahre konfrontiert sah.

Tatsächlich fügte sich die politische Zäsur von 1989 in eine überwältigende und globale technische wie ökonomische Entwicklung ein.⁸ Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien veränderten die Welt. Eine unwiderstehliche technische Beschleunigung erfassste zuerst die entwickelten Länder des Westens

7 Vgl. zur Situation in den frühen 1990er Jahren *Wirsching, A.:* Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, 2. Aufl., München, 2012, 93-101.

8 Vgl. insgesamt zu dem beschleunigten Wandel in den 1980er und 1990er Jahren *Doering-Manteuffel, A./Raphael, L.:* Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen, 2008.

sowie Japan, dann – seit der Jahrtausendwende – die ganze Welt. Ausmaß und Wirkung dieser Entwicklung kamen einer Art „Dritter Industrieller Revolution“ gleich. Es war dieser Kontext, in dem die europäischen Regierungen und die Europäische Kommission nach Strategien suchten, wie die Krise zu überwinden sei, die sich im Gefolge des ökonomischen und technischen Strukturwandels seit dem Ende der 1970er Jahre so stark ausgebreitet hatte. Seit Mitte der 1980er Jahre fanden die Europäer eine solche Strategie in einer neuen Kombination, deren Schlüsselkomponenten lauteten: Privatisierungspolitik, Liberalisierung der Arbeitsmärkte, und Bildungsreformen. Sie waren begleitet von einer zunehmend intensiven Liberalisierung des Handels und der internationalen Finanzen, während in Europa selbst der einheitliche Binnenmarkt vollendet wurde. Man muss sich diese genuin politische Initiative vergegenwärtigen, um zu erkennen, dass die Globalisierung der 1980er und 1990er Jahre keineswegs als unkontrollierter Prozess, gleichsam wie ein Naturereignis über die westliche Welt gekommen ist. Staaten und Regierungen trugen aktiv dazu bei, weil sie glaubten, damit Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit am besten bekämpfen zu können. Durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung erhöhten die westeuropäischen Regierungen die Macht des Marktes und vergrößerten zugleich den internationalen Handlungsspielraum für die großen Banken und multi-nationalen Konzerne. Das zugrunde liegende Kalkül bestand darin, den bereits angelaufenen Strukturwandel zu beschleunigen, ihn eine Strecke weit beherrschbar zu machen und die Industriegesellschaften mit ihrem großen Anteil an einfacher Handarbeit zu modernen Dienstleistungsgesellschaften umzuformen.

Begleitet wurde diese Strategie von einer Bildungs- und Fortbildungsoffensive, über deren Nachhaltigkeit freilich gestritten werden kann.⁹ Bis zum Ende der 1990er Jahre hatten sich die politischen Akteure in Europa geradezu enthusiastisch die Perspektive der „Wissensgesellschaft“ angeeignet, womit sie sich die Erkenntnisse einflussreicher sozialwissenschaftlicher Studien,¹⁰ die Thesen maßgeblicher Unternehmensberater¹¹ und die wirtschafts- und strukturpolitischen Ratschläge der OECD zu eigen machten. Beraten von sozial- und wirtschaftswis-

9 Zur Kritik vgl. *Wirsching, A.*: Durchbruch des Fortschritts? Die Diskussion über die Computerisierung in der Bundesrepublik, in: *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung*, 2009, 207-218; *ders.*: Bildung als Wettbewerbsstrategie, in: *Greiner, B./Müller, T.B./Weber, C.* (Hrsg.): *Macht und Geist im Kalten Krieg*, Hamburg, 2011, 223-238;

10 S. insb. *Bell, B.*: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*, New York, 1973; *Castells, M.*: *The Information Age: Economy, Society, and Culture*, 3 Bde., Oxford, 1996-1998.

11 S. etwa: *Drucker, P.F.*: *Management Challenges for the 21st Century*, New York, 2007; *ders.*: *The Age of Social Transformation*, in: *The Atlantic Monthly*, Nov. 1994, 1-30.

senschaftlichen Theoretikern und wirtschaftspraktischen Befürwortern des Modells machte die Europäische Union die Sprache der Wissensgesellschaft zu ihrem Programm. Eine wissensbasierte Gesellschaft würde Europas kulturelle und ökonomische Macht steigern und Europas Platz in der Welt sichern. In diesem Sinne verabschiedeten die Europäer im Jahre 2000 die sogenannte „Lissabon-Strategie“, die darauf zielte, Europa bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Als wichtigste Politikfelder zur Erreichung dieses ehrgeizigen Ziels gab der Rat im einzelnen vor: eine „Informationsgesellschaft für alle“, die „Schaffung eines europäischen Raums der Forschung und Integration“, ein „günstiges Umfeld für die Gründung und Entwicklung innovativer Unternehmen“, die Vollendung des einwandfrei funktionierenden Binnenmarktes, „effiziente und integrierte Finanzmärkte“, die „Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells“ durch Bildungsinvestitionen und einen aktiven Wohlfahrtsstaat.¹²

Die „Wissensgesellschaft“, an welche die europäischen Politiker dachten, beschränkte sich nicht auf Investitionen in Forschung und Entwicklung. Vielmehr verknüpfte die EU ihre Forschungsprogramme mit dem Imperativ der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. In diesem Sinne sollte die europäische Wissensgesellschaft „alle Aspekte der heutigen Wirtschaft [umfassen], bei denen Wissen das Kernstück der Wertschöpfung darstellt (...). Bis zu 30 % der Arbeitskräfte müssen in Zukunft wahrscheinlich unmittelbar bei der Erzeugung und Verbreitung von Wissen im verarbeitenden Gewerbe, bei Dienstleistungen, in der Kreditwirtschaft und in kreativen Unternehmen gleichermaßen tätig sein. Ein großer Anteil der übrigen Arbeitskräfte darf nicht weniger aufnahmefähig und wissensbasiert sein, wenn sie die neuen Trends nutzen wollen. Somit kann Europa auf seinem durchweg starken Engagement aufbauen, eine Wissensgesellschaft zu schaffen und damit potenziell weltweit die Führung zu erreichen.“¹³

Von Beginn an war es umstritten (und bleibt es bis heute), inwieweit die im Jahr 2000 angestoßene Lissabon-Strategie geeignet ist, Europa zu seinem Besten zu verhelfen und den angestrebten Platz in der globalen Wirtschaft zu sichern.¹⁴

12 *Europäischer Rat*: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon, 23./24.3.2000, 1 f.

13 Kok, W. et al.: Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe, Luxemburg, Nov. 2004, 23 f.

14 Vgl. Caesar, R. et al. (Hrsg.): Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt? Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie, Baden-Baden, 2005. Eine zeitgeschichtliche Analyse der Lissabon-Strategie fehlt und ist ein dringendes Desiderat. Einstweilen vgl. Wirsching, A., Preis der Freiheit, a.a.O., 236 ff.

Offen blieb vor allem, inwieweit das Konzept nicht an einem unaufhebbaren Widerspruch litt: Auf der einen Seite spiegelte die Sprache der europäischen Akteure und ihrer Dokumente die neo-liberalen Prioritäten der Globalisierung in vollem Umfang wider und näherte sich der Sprache der Unternehmensberatung an; auf der anderen Seite verstärkte die Europäische Union jenen technokratischen, gleichsam von oben nach unten verlaufenden Kurs, der bereits den Weg zum Maastricht-Vertrag geebnet hatte. So tendierte er eben dort zur Bürokratisierung und Überreglementierung, wo ein tatsächlich *neo-liberales Credo* eigentlich den Rückzug der Institutionen und die Verbreiterung der individuellen Bewegungsspielräume nahegelegt hätte. Hinzu kommt das in diesem Bereich besonders stark empfundene Demokratiedefizit der EU, das durch neue Wortungetüme wie „offene Methode der Koordinierung“ nur mühsam überdeckt wurde.¹⁵

Andererseits lässt sich kaum bestreiten, dass Europa durch die Liberalisierung seiner Märkte und die entschlossene Hinwendung zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien während den 1990er Jahren seine Innovationskraft steigerte und einen Modernisierungsschub freisetzte. Anders als häufig befürchtet, ist Europa bislang nicht im Strudel der Globalisierung untergegangen, sondern hat im Rahmen seiner Möglichkeiten neue Dynamik generiert. Dies gilt ganz besonders für Deutschland, wo die Reformen der 2000er Jahre zwar eine sozial- und verteilungspolitisch problematische Wirkung entfalteten, zugleich aber die deutsche Wettbewerbsfähigkeit stärkten.

III. Globale Perspektiven

Blickt man also nüchtern auf die rund drei Jahrzehnte zwischen 1978 und 2008, so wird deutlich, dass die europäische Geschichte während dieser Periode einerseits dem komplexen Ablauf mehrerer, in sich verschlungener Krisen gleicht. Ökonomischer Strukturwandel, technologische Beschleunigung und der entfesselte globale Wettbewerb bestimmten die Agenda. Andererseits ist diese Periode von einer geradezu atemberaubenden Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration gekennzeichnet, die in den 1980er Jahren kaum vorstellbar gewesen wären. Aus heutiger Sicht wird man jedenfalls eine klare historische Richtung Europas nicht leugnen können. So war der mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 beschrittene Weg zum Binnenmarkt die europäische Antwort auf die Wirtschaftskrise der späten 1970er Jahre; der Herausforderung

15 Vgl. hierzu Büchs, M.: New governance in European social policy. The Open Method of Coordination, Basingstoke u.a., 2007.

der Globalisierung suchte die EU mit der Lissabon-Strategie zu begegnen, das heißt durch die Anhebung des Bildungsniveaus ihrer Bürger im Zeitalter der „Wissensgesellschaft“ und mittels der Durchsetzung einheitlicher Bildungsstandards. Das weitgehende Versagen Europas im Jugoslawienkonflikt hatte eine zwar limitierte, aber spürbare Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zur Folge. Mit der Osterweiterung begegneten die EU-Mitgliedstaaten der Gefahr einer neuen Spaltung Europas aufgrund des ökonomischen Ungleichgewichts. Der Zwang schließlich, die Union angesichts einer Verdopplung ihrer Mitglieder funktionsfähig zu halten, lag an der Wurzel des europäischen Verfassungsprojekts und der Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon. Dass zwischen beidem, dem Krisenablauf und der Integration, ein kausaler Zusammenhang besteht, ist unbestreitbar. Insofern ist auch die seit 2008 wuchernde Finanzkrise nicht voraussetzungslos. Sie setzt in gewisser Weise die Krisengeschichte Europas fort, ist aber auf der anderen Seite auch nur Teil eines größeren, weltweiten Geschehens. Dieses muss systematisch in die Betrachtung mit einbezogen werden, um einen historisch geweiteten Blick auf die gegenwärtige Krise und die durch sie bestimmten Perspektiven zu gewinnen. Auch wenn die Malaise um den Euro und die europäischen Staatsfinanzen präzedenzlos sind, wäre es inadäquat, sie eindimensional als europäisches Phänomen zu betrachten. Ein solches Vorgehen, wie es regelmäßig im Getöse der Tagespolitik anzutreffen ist, verriete eine allzu starke Selbstbezogenheit der Europäer. Man kann sich sogar fragen, ob nicht die analytische Fixierung auf die europäische Krise traditionelle Formen des Eurozentrismus in neuen – wenngleich wenig kleidsamen – Gewändern fortsetzt. Darüber hinaus sind natürlich auch die anderen Weltregionen von der oben beschriebenen Wucht des Wandels und der Globalisierung betroffen – mit Konsequenzen, die längst nicht immer als positiv empfunden werden. Man denke nur an die ökologischen Probleme, welche die dynamische Industrialisierung und die Etablierung einer modernen Konsumgesellschaft in China, den anderen nordostasiatischen Staaten, aber auch in Lateinamerika bewirken.

Zwei Gründe vor allem sprechen dafür, die gegenwärtige Euro-Krise nicht als isoliertes europäisches Phänomen zu betrachten, sondern sie in einen globalen Kontext zu stellen. *Erstens* gilt dies zunächst für die Frage der Schulden. Denn das zugrunde liegende Kernproblem, die galoppierenden Staatsschulden, sind beileibe nicht auf Europa begrenzt. Im Gegenteil, verglichen mit anderen wirtschaftlichen Großregionen aus dem OECD-Bereich ist das europäische Schuldenproblem nicht einmal besonders spektakulär. Das gilt für Japan ebenso wie

für die USA. In Japan versuchen Regierung und Zentralbank schon seit den 1990er Jahren, der von Deflation und Stagnation getriebenen Abwärtsspirale durch eine Politik des billigen Geldes Paroli zu bieten. Warnungen vor einer möglichen schuldeneingesetzten Inflationsspirale wurden ignoriert. Wiederholt wurde der Leitzins gesenkt, bis er gegen Null tendierte, und wiederholt kaufte die Notenbank Staatsanleihen an. Die Folge ist eine Rekordverschuldung. Sie hielt aber die Japaner nicht davon ab, Anfang 2013, angesichts unübersehbarer Rezessionsgefahren, mittels milliardenschwerer Konjunkturprogramme und dem Anwerfen der Druckerpresse erneut eine expansive Geldpolitik zu verfolgen.¹⁶

Auch die USA wandten ebenfalls schon in den 1990er und 2000er Jahren ähnliche Rezepte an. Vor allem unter ihrem legendären Vorsitzenden *Alan Greenspan*, der von 1987 bis 2006 amtierte, betrieb die US-Notenbank *Federal Reserve (Fed)* eine zunehmend expansive Geldpolitik. Den Anlass hierzu gaben meist aktuelle Krisen, vor denen monetaristische Grundüberzeugungen zu weichen hatten. Schon der ersten großen Herausforderung seiner Amtszeit, dem Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 („Schwarzer Montag“), begegnete *Greenspan* mit der Versicherung, die *Fed* werde als „Quelle der Liquidität“ das Finanzsystem nachhaltig stützen.¹⁷ Zehn Jahre später bekämpfte *Greenspan* die schwere Finanzkrise in Asien, indem er ebenfalls Dollars in die Märkte pumpen ließ; und nach dem 11. September 2001 senkte die *Fed* langsam aber stetig den Leitzins, bis er im Jahre 2004 das historische Tief von einem Prozent erreichte. Diese historisch neuartige, politisch bequeme, auf die Dauer aber höchst riskante Mischung aus neo-liberalen Konzepten und stark expansiver Geldpolitik bewirkte in den USA während der 1990er und 2000er Jahre ein langanhaltendes Wirtschaftswachstum. In seinen besten Jahren wurde dieses Konzept als vorbildlich gepriesen, im Kern beruhte es jedoch auf einer unsoliden Basis. Die finanzmarktgetriebenen Einkommen und Vermögen entkoppelten sich zunehmend von der Realwirtschaft, und der amerikanische Konsum finanzierte sich immer stärker aus Krediten und stand damit auf tönernen Füßen.

Sowohl Japan wie die USA kämpfen gegenwärtig mit den Folgen ihrer Fiskalpolitik und werden dies auch künftig tun müssen. Im vorliegenden Zusammenhang interessiert lediglich der Vergleich mit dem europäischen Schuldenproblem, und dieses relativiert sich deutlich beim Blick auf die Zahlen.

16 S. „Die geldpolitische Magie der japanischen Regierung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 19.1.2013, sowie „Bundesregierung warnt Japan vor Missbrauch der Geldpolitik“, in: FAZ, 5.4.2013.

17 Zit n. Tamny, J.: In 2008, Shades Of October 1987, in: Forbes, 7.02.2008.

Tabelle 1: Bruttostaatsverschuldung in Prozent des BIP, 2007-2014

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
USA	66,5	75,4	88,8	97,8	102,2	109,8	113,0	114,1
Japan	162,4	171,1	188,7	192,7	205,3	214,3	224,3	230,0
Euro-Zone	71,9	77,1	87,8	93,1	95,2	100,6	102,5	103,4
OECD	74,2	80,7	92,2	98,7	102,9	108,7	111,4	112,5

Anmerkung: Für 2013 und 2014 handelt es sich um Schätzungen. Quelle: OECD: Economic Outlook, Nr. 92, Key Tables, 2013.

Natürlich werden diese Zahlen hier nicht aufgeführt, um die europäische Schuldenkrise durch den Blick auf andere zu verharmlosen. Aber sie evozieren den zweiten Grund, warum man die Krise nicht als isoliertes europäisches Phänomen betrachten, sondern sie in einen globalen Kontext stellen sollte. Denn die europäische Krise ist Teil einer viel größeren Entwicklung historischen Ausmaßes, derer wir gegenwärtig Zeuge werden: Es handelt sich um die geradezu tektonische Verschiebung der globalen Finanzmacht, deren Bewegungsrichtung von den alten Industriestaaten weg und hin zu den neuen Industrie- und Finanzmächten im asiatischen (und zum Teil im arabischen) Raum verläuft. Zwar ist noch keineswegs ausgemacht, wo am Ende die größere Macht liegt, beim Gläubiger oder beim Schuldner; aber unverkennbar ist doch, dass die alten Industriestaaten ein gewaltiges Staatsschuldenproblem haben, während China und einige arabische ölexportierende Länder gewaltige Schätze in Form von Staatsfonds akkumulieren. Diese Staatsfonds sind auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten in der westlichen Welt und haben sie auch schon teilweise gefunden. Schon im Gefolge der amerikanischen *Subprime-Krise* von 2007/08 kauften sich Fonds der Vereinigten Arabischen Emirate, Singapur und Kuwait mit insgesamt 18 Milliarden US-Dollar bei der in Schwierigkeiten geratenen Citigroup ein. Und auch andere Banken profitierten von dem Engagement der ausländischen Fondsmanager.¹⁸ In Europa stiegen die ausländischen Staatsfonds, an der Spitze *Abu Dhabi Investment Authority* (ADIA) und die *China Investment Company* (CIC) bevorzugt in Industrieunternehmen ein. Bekannt wurde der Einkauf (und Wiederausstieg) von ADIA bei Daimler und die daraufhin beginnenden Verhandlungen Daimlers mit

18 Bleser, S.: Die Subprimekrise und ihre Folgen. Ursachen und Auswirkungen der 2007 ausgelösten Finanzmarktkrise, Hamburg, 2009, 40.

der CIC und deren Einstieg mit drei Prozent.¹⁹ Aber dies sind nur die bekanntesten, weil am stärksten medialisierten Aktivitäten der ausländischen Fonds und im Grunde nur die Spitze des Eisbergs ihrer Investitionstätigkeit. Welche langfristige Folgen dies hat, lässt sich noch nicht absehen, unleugbar aber spiegelt sich hierin die Verschiebung globaler Finanzmacht wider.

Nun ließe sich freilich einwenden, Europa bzw. die Euro-Zone seien eben nicht vergleichbar mit den USA oder mit Japan, da es sich bei ihnen um keinen nationalstaatlich organisierten Raum mit zentralen finanzpolitischen Instrumenten und Durchsetzungspotentialen handelt. Dieser zweifellos zutreffende Einwand verweist indes auf ein durchaus mögliches Entwicklungspotential der Europäischen Union. Denn wenn man die europäische Krisenerfahrung mit den genannten globalen Perspektiven verknüpft, dann stellt sich um so nachdrücklicher die Frage, ob heute nicht mehr denn je die Definition *gesamteuropäischer* Interessen auf der historischen Tagesordnung steht. Die Definition solcher Interessen transzendierte dann freilich endgültig die nationalstaatliche Perspektive und zwingt die einzelnen Mitglieder unter die Räson eines gemeinsam definierten europäischen Interesses. Dass ein solcherart definiertes Interesse immer nur das Resultat eines kontinuierlichen und durchaus schmerzhaften politischen Ringens sein kann, in dessen Verlauf es auch schwere Konflikte zu bewältigen gilt, bleibt hiervon unberührt.

Gerade der Vergleich mit der Entwicklung in den außereuropäischen Zonen staatlicher Verschuldung könnte dazu ermutigen, die finanzpolitische Definition gemeinsamer europäischer Interessen voranzutreiben. Faktisch ist dies seit der Griechenlandrettung im Jahre 2010 auch bereits erfolgt, freilich ohne dass die Akteure ihr Handeln auch stets so empfanden. Jedenfalls spricht vieles dafür, die nach drei Jahren Krisenmanagement etablierte, genuin europäische, wenngleich stark umstrittene Finanzpolitik voranzutreiben. Die Finanzhilfen für Griechenland, Irland und Portugal sowie die Einrichtung des ESM-Rettungsfonds weisen ebenso auf die bereits im Gange befindliche Vergemeinschaftung der Finanzpolitik hin wie die Bankenunion und der nicht nachlassende Reformdruck, den die „Troika“ auf die Regierungen der besonders gefährdeten Schuldnerländer ausübt. Zusammen mit den höchst umstrittenen Anleiheaufkäufen durch die Europäische Zentralbank sind dies die finanzpolitischen Instrumente, die durchaus im

19 „Zweikampf um deutsche Firmen“, in: Handelsblatt, 27.12.2011; „Chinesischer Staatsfonds greift nach Daimler“, in: Süddeutsche Zeitung, 7.1.2013; „Chinesischer Staatsfonds CIC bei Daimler eingestiegen“, in: Wirtschaftswoche, 1.2.2013.

mainstream der globalen Entwicklungen liegen. Die Geschichte der letzten drei Jahre lässt jedenfalls vermuten, dass diese Anstrengungen möglicherweise ein gleichsam paradoxes Resultat bewirken: statt unbegrenzter Haftung und Inflation Schaffung von Vertrauen, finanzielle Beruhigung, engere finanzpolitische Kooperation, letztlich Stärkung des Euro. Von einem solcherart politisch beruhigten Europa, das zeigt der Verlauf des letzten Jahres, wendet sich dann auch die spekulationsorientierte Aufmerksamkeit der Finanzmärkte schnell wieder ab und sucht sich neue Ziele. Mithin ist es längst nicht ausgemacht, ob nicht die in der jüngsten Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zur Stabilisierung des Euro am Ende durchaus positive Effekte bewirken.

In gewisser Weise läge eine solche Entwicklung in der beschriebenen Logik der europäischen Integration. Stets bargen die europäischen Krisen den Antrieb zu einen neuen Anlauf für die zunehmende Konvergenz Europas. Zwar würde wohl niemand leugnen, dass die Folgen dieses Mechanismus ambivalent sind. Indes läge es in seiner Logik, wenn die in der Finanzkrise freigesetzten zentrifugalen Tendenzen doch wieder in einer integrationspolitischen Synthese aufgehoben würden. Denn sich einen künftig verbesserten Zustand Europas vorzustellen impliziert notwendig den Willen, die Krise durch den erhöhten Einsatz europäischer Mittel – eben durch „mehr Europa“ – zu bewältigen. Diesem systemischen Zusammenhang kann sich kein europäischer Politiker (und keine Politikerin) entziehen. Er bestimmt die politische Sprache und das, was auf europäischer Ebene „sagbar“ ist. Ein weiterer „Fortschritt“ der europäischen Integration im Sinne einer stärkeren Vergemeinschaftung der europäischen Steuer- und Wirtschaftspolitiken kann also nicht nur nicht ausgeschlossen werden, sondern er ist sogar durchaus wahrscheinlich.

IV. Deutsche Erwartungen

Angesichts dieser global geprägten Situation, die durchaus in der historisch begründeten Entwicklungslogik liegt, ist die deutsche Positionsbestimmung im Jahr der Bundestagswahl besonders schwierig. Es liegt offen zutage, dass es die deutsche Politik in der jüngsten Vergangenheit nicht verstanden hat, ihre historisch begründete Stabilitätsphilosophie den europäischen Partnern volumnfänglich plausibel zu machen oder sie gar durchzusetzen. Dies bestätigte in den vergangenen Jahren die Skepsis, die unter bundesdeutschen Ökonomen während der 1980er Jahre gegen eine zu rasche europäische Währungsunion bestand. Mehrheitlich forderten sie damals zuerst eine nachhaltige Konvergenz der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in den einzelnen EG-Mitgliedsstaaten, bevor,

gleichsam als „Krönung“ dieses Prozesses, an eine gemeinsame Währung zu denken sei. Aber ähnlich wie bei der deutsch-deutschen Währungsunion des Jahres 1990 mussten die ökonomischen Argumente den politischen Prioritäten weichen. Schon die Entstehungsgeschichte der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion folgte also primär politischen Vorgaben, die sich dann auch bald mit der Geschichte der Wiedervereinigung verflochten. Am Ende stand der Kompromiss, den der *Delors-Plan* schon vorgegeben hatte: Seine Formel – gemeinsame Währung, dies aber zu den Konditionen der deutschen Stabilitätsphilosophie – wurde zur *raison d'être* des Vertrages von Maastricht.²⁰

Rückblickend scheinen nun die damaligen Bedenken um so schwerer zu wiegen, als die von Deutschland seinerzeit geforderten und vertraglich vereinbarten Mechanismen der Haushaltsdisziplin – Stabilitätskriterien, *no-bail-out*-Klausel, Unabhängigkeit der EZB – *peu à peu* unterminiert, ja gebrochen wurden. Tatsächlich besteht ja kein Zweifel: Die deutschen Konditionen der Währungsunion sind von den europäischen Partnern nicht dauerhaft akzeptiert worden. Einmal mehr zeigt sich daher, was der Euro von Beginn an war, nämlich eine politische Währung. Ausschließlich politische Gründe sprachen auch für die Aufnahme Griechenlands und Italiens in die Euro-Zone. Und neben seiner ökonomischen Funktion als Einheitswährung für den europäischen Binnenmarkt hatte der Euro stets auch die politische Funktion, die Überlegenheit der Deutschen einem gemeinsamen europäischen Regime dienstbar zu machen.

Die Deutschen tun sich schwer, diese Realitäten anzuerkennen. Jede öffentliche Debatte über Europa ist daher in Deutschland charakterisiert von der Unsicherheit darüber, ob Deutschland nicht zum ewigen Zahlmeister der Europäer verdammt wird: und zwar jener Europäer, die ihre eigenen Finanzen nicht in den Griff bekommen (wollen) und sich durch die Vergemeinschaftung der Schulden auf Kosten der Deutschen sanieren. Hieraus speist sich der aggressive Ton, der die Fundamentalkritik an den europäischen Zuständen, wie sie regelmäßig in bestimmten Sachbüchern, Teilen der Presse und in den Blogs begegnet, charakterisiert. Im Fadenkreuz der Kritik stehen dabei nicht nur die „unzuverlässigen“ europäischen Partner, sondern in erster Linie die eigene Regierung, der eine bewusst zu lasche, deutsche Interessen geradezu sträflich vernachlässigende Haltung attestiert wird. Zugleich freilich hat die deutsche Europapolitik in der Europäischen Union einen Ruf der Härte erworben, der bei den Nachbarn zu-

²⁰ Ausführlicher hierzu *Wirsching, A.*: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik 1982-1990*, München, 2006, 533-541.

nehmend Kritik und zum Teil auch populistische Angriffe provoziert. Deutschland gilt als „Sparkommissar“, der die schwächeren europäischen Mitgliedstaaten auf eine Austeritätslinie zwingt, die ihrer Lage nicht entspricht und die sie höchstens um den Preis der Verarmung einhalten können.

Man kann in dieser Situation eine problematische „Rückkehr der Geschichte“ erkennen,²¹ einer strukturellen Konstellation, die *Ludwig Dehio* einst mit Blick auf das Kaiserreich „halb-hegemonial“ nannte.²² Gemeint ist eine ambivalente Zwischenposition, die nicht so dominant ist, um den europäischen Nachbarn den eigenen Willen aufzwingen zu können, zugleich aber doch so stark, dass sie als bedrohlich wahrgenommen wird, Gegenkräfte bündelt, Koalitionen provoziert und stets Gefahr läuft, in die Isolation zu führen. Natürlich geht es heute nicht um Krieg und Frieden, aber der strukturelle Kern des Problems scheint wiederzukehren – in Gestalt eines Tauziehens um die europäische Haftungsgemeinschaft, in dem sich die Deutschen an ihrem Ende des Seils zunehmend allein gelassen sehen. Mithin befindet sich die Bundesregierung, gleich welcher parteipolitischer Richtung, in einer paradoxen Situation: Sie muss nach außen deutsche Interessen vertreten, die ihr von der öffentlichen Meinung, dem Bundestag und *last but not least* vom Bundesverfassungsgericht aufgetragen werden, aber sie muss hierfür diplomatische Formen finden, die sie in Europa mehrheitsfähig hält und jede Isolation vermeidet. Überdies widerspräche eine allzu harte Haltung der Deutschen womöglich der oben erwähnten Notwendigkeit, gerade in der Finanzpolitik gemeinsame europäische Interessen zu definieren, die mit nationalen Positionen nicht deckungsgleich sind.

Solche europäischen Prioritäten in einer globalisierten Welt im Auge zu behalten, zugleich die deutschen Interessen ebenso glaubwürdig wie diplomatisch zu vertreten und schließlich im Innern die Komplexität der Situation und die eigene Haltung dem Publikum zu „erklären“ wird auch nach den Bundestagswahlen eine permanente Herausforderung für die Bundesregierung sein. Dabei mag für den Augenblick – und damit auch für den Wahlkampf – helfen, dass Deutschland bisher erstaunlich gut durch die Euro-Krise gekommen ist und aufgrund seiner starken finanzpolitischen Position teilweise sogar von ihr profitiert hat.²³ Der

21 S. Kundnani, H.: Europe and the Return of History, in: Journal of Modern European History, 11/3 (2013), 279–286.

22 Dehio, L.: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München, 1955, 13.

23 Für eine positive ökonomische Zeitdiagnose vgl. Paqué, K.-H.: Vollbeschäftigt. Das neue deutsche Jobwunder, München, 2012.

politische Protest gegen die Europapolitik der Bundesregierung, die – soviel Prognose mag gestattet sein – im Kern auch von einer rot-grünen Regierungs-koalition fortgeführt werden würde, ist bislang weitgehend verpufft. So hat die mit viel Applomb gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD), die als explizite Anti-Euro-Partei auftritt, viel von ihrem Elan eingebüßt und kann ihr anfängliches Wählerpotential offenkundig nicht mehr halten. In Umfragen liegt sie bei maximal 3 Prozent.²⁴ Umgekehrt sind die Umfragedaten in Bezug auf die wirtschaftliche Stimmungslage der Deutschen ausgesprochen positiv. Eine Umfrage des US-amerikanischen Meinungsforschungsinstituts *Pew Research Center* vom Mai 2013 offenbarte einen ungebrochenen positiven Trend: Demzufolge hielten drei Viertel der Befragten die allgemeine wirtschaftliche Situation für „gut“ und sogar 77 Prozent befanden ihre eigene persönliche Lage als „gut“. Der jeweilige europäische Median (ohne Deutschland) lag demgegenüber bei neun bzw. 51 Prozent. Dem entspricht es, dass immer noch die Mehrheit der Deutschen gegenüber der Europäischen Union positiv eingestellt ist (60 Prozent) und sich von der europäischen Integration eine Stärkung des eigenen Landes verspricht (54 Prozent). Damit wohnen die Deutschen europapolitisch, wie es die Autoren der Studie formulieren, „auf einem anderen Kontinent“.²⁵

Ist also an der europapolitischen „Heimatfront“ alles in Ordnung? Nichts wäre fataler, als dies anzunehmen. Denn innenpolitisch lauern Gefahren vor allem auf drei Ebenen, die jede neue Bundesregierung genau im Auge behalten muss.

Erstens ist gegenwärtig nicht abzusehen, ob und wann die Europäische Zentralbank – gleiches gilt für die Fed und die japanische Zentralbank – von ihrer Politik des billigen Geldes abrücken kann. Zu dunkel und zu unkalkulierbar erscheinen die realwirtschaftlichen Risiken einer solchen Rückkehr zur finanzpolitischen Stabilität. Für die Deutschen bedeutet dies insofern eine große Herausforderung, als die Politik des billigen Geldes ihre sozialen Kosten haben wird. Dass die historisch niedrigen Zinsen, die der Preis für die Schuldenspirale der klassischen Industrieländer sind, eine schleichende Enteignung der Sparer und Kapitalbesitzer nach sich zieht, ist schon häufig bemerkt worden und braucht hier nicht eingehend diskutiert zu werden. Inhaber von Barvermögen, Tagesgeld und Lebensversicherungen sehen ihr Eigentum bedroht. Der gegenwärtig zu beobachtende Ansturm auf Immobilien und die damit korrespondierende Erhöhung der Mietpreise sind hierfür ebenso klare Indizien wie der ungebrochene

24 „Wähler verlieren Interesse an AfD“, in: Handelsblatt, 24.5.2013.

25 *Pew Research Global Attitudes Project: The New Sick Man of Europe: the European Union*, 13.5.2013.

Konsum und die extrem niedrige Sparquote. Offenkundig erwarten die Deutschen von ihrer Zukunft in Europa immer weniger Geldwertstabilität und versuchen sich darauf einzustellen. Erstmals in ihrer Geschichte befindet sich die bundesrepublikanische Gesellschaft also in einer Situation, in der „ehrliches“ Sparen sich nicht zu lohnen scheint, und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Langfristig verbinden sich hiermit gravierende Zukunftsprobleme sowohl sozialpolitisch, etwa im Hinblick auf die private Altersversorgung, als auch im Bereich der Einstellungen und Mentalitäten. Der Vertrauensverlust, den der Staat und seine Währung durch die prolongierte Politik des billigen Geldes erleiden, ist in seiner Wirkung noch gar nicht abzusehen.

Das gilt *zweitens* um so mehr für den Fall einer tatsächlichen inflationären Entwicklung. Das Szenario einer Inflation, das eine beschleunigte Enteignung der Kapitalbesitzer und Gläubiger zur Folge hätte, ist für jede soziale Ordnung eine Bedrohung. Zugleich aber stellt der historisch neuartige europapolitische Krisendruck die traditionelle, durch historische Erfahrung gefestigte deutsche Stabilitätsphilosophie nachdrücklich in Frage und macht sie vielleicht sogar obsolet. Denn man sollte nicht vergessen, dass die Deutschen beide Inflationen und Währungsreformen, die sie im letzten Jahrhundert erleben mussten, durch die Weltkriege und ihre Kriegsfinanzierung weitestgehend selbst verursacht hatten. Die historische Glaubwürdigkeit der deutschen Stabilitätsphilosophie ist daher mindestens dann zunehmend zweifelhaft, wenn die oben angesprochene tektonische Verschiebung der globalen Finanzmacht eine neue geschichtliche Situation hervorruft. Jedenfalls gelingt es der „halbhegemonialen“ deutschen Politik nicht, ihr Stabilitätsdogma gegen den Willen der übrigen Europäer durchzusetzen. Das heißt dann allerdings nichts anderes, als dass Deutschland den möglicherweise inflationären Folgen der Währungsunion nicht entkommen kann; dass es keine Wahl hat zwischen einer europäischen oder einer nationalen Politik und schon gar nicht die Option, die Gemeinschaftswährung in irgendeiner Weise rückabzuwickeln. Die europäische Schuldenkrise ist auch eine deutsche Schuldenkrise schlicht deshalb, weil Deutschland Teil eines bereits weit integrierten Europas ist. Eine Inflation – von der freilich niemand weiß, ob, wann und in welcher Form sie kommen mag – würde zwar das Gewicht der Staatsschulden weiter mindern und liegt daher in gewisser Weise im objektiven Interesse des Staates. Aber die damit aufgerissene soziale und mentale Risikozone erscheint so groß, dass sich jede Bundesregierung auf das Ziel weitgehender Geldwertstabilität verpflichten wird, so schwierig dies auch gegenüber den europäischen Partnern im Zweifel durchzusetzen sein mag.

Die schleichende Enteignung von „normalen“ Sparern und Kapitalbesitzern und erst recht eine Inflation führen zu Vermögensumschichtungen großen Stils. Und damit ist die *dritte* Ebene künftiger politischer Herausforderungen benannt. Denn Vermögensumschichtungen sind gefährlich für den sozialen Frieden und infolgedessen auch für die Funktionalität von Demokratie und Marktwirtschaft. Wie die erwähnte Umfrage des *Pew Research Center* unterstreicht, fürchten die meisten Deutschen ohnehin eine fortschreitende soziale Polarisierung ihrer Gesellschaft. Als größtes Problem im Bereich der Ökonomie galten den Deutschen im Frühjahr 2013 nicht die Arbeitslosigkeit, steigende Preise oder die Staatsschulden, sondern die Schere zwischen arm und reich. 51 Prozent der Befragten erkennen hier ein „sehr großes Problem“.²⁶ Damit ist die Frage nach den verteilungspolitischen Wirkungen der europäischen Finanzkrise gestellt, und hier setzen denn auch jene Krisendiagnosen ein, die vor einer langfristigen Verschiebung im Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus warnen.²⁷ Zwar sind Cassandra-Rufe auch hier fehl am Platz; aber es wird in den kommenden Jahren zu den großen politischen Herausforderungen gehören, die Verteilungsmechanismen der Finanzkrise, welche die Besitzenden begünstigt, sozial- und finanziell abzufedern.

V. Fazit

Die gegenwärtige Krise der Euro-Zone besitzt eine unübersehbar historische Dimension. Für gesichert gehaltene Errungenschaften der europäischen Integration hat sie zumindest diskursiv in Frage gestellt und darüber hinaus eine breite Welle anti-europäischer Affekte hervorgerufen. Immerhin macht die Krise dadurch Schluss mit allzu wohlfeilen teleologischen Versuchungen, die in der Geschichts- und Politikwissenschaft der Vergangenheit häufig dominierten. Das Fortschrittsnarrativ, das die europäische Integration als reine Erfolgsgeschichte erzählt, gleichsam von den Ruinen des Zweiten Weltkrieges bis hin zu Binnenmarkt und Währungsunion, verliert gegenwärtig große Teile seiner Suggestionskraft. Mit einer eher flachen europäischen Fortschrittsgeschichte, teleologisch reduziert und ihrer Komplexität entkleidet, ist ohnehin niemandem gedient. Allerdings sind auch die jüngst überall hörbaren Kassandrarufe unangebracht. Denn sie schüren anti-europäische Ressentiments, die ihrerseits nicht mehr anzubieten

26 Ebd., ch. 1, Dispirited over National Conditions. Vgl. kritisch zum Thema auch: Wehler, H.-U.: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München, 2013.

27 S. etwa: Streeck, W.: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin, 2013.

haben als den fruchtlosen Rückfall in nationale Partikularpositionen. Ein Urteil, das die europäische Realität an einem gewünschten Fortschritt und idealen Zustand misst und sie dann als unbefriedigend verwirft, argumentiert latent normativ und verfehlt wesentliche Aspekte der europäischen Geschichte. Jede analytische Betrachtung der europäischen Geschichte muss dagegen die historische Gleichzeitigkeit und das wechselseitige Aufeinanderbezogensein zwischen zukunftsgerichteter Vorstellung und Krise Europas berücksichtigen. Beides gehört untrennbar zusammen. In der Vergangenheit wurde nahezu jede Krise mit einem weiteren, wenngleich stets mühsamen Integrationsschritt beantwortet. Zugleich erwachsen aus der krisenhaften Zuspitzung schon neue Entwicklungen, die über die gegenwärtige Situation hinausweisen. Insbesondere bewirkt die Krise der Euro-Zone einen in dieser Form nie dagewesenen kommunikativen Schub, sowohl auf der Ebene der Regierenden als auch auf der Ebene der Massenmedien. Nie zuvor war Europa daher so häufig und so regelmäßig Thema auf den ersten Seiten der Zeitungen und in den Nachrichten der Fernsehanstalten. Für die Zukunft Europas ist das nicht die schlechteste Voraussetzung.

Auch ist diese Krise nur eine historische Momentaufnahme innerhalb eines größeren, globalen Geschehens, das die Finanzmärkte weltweit neu gestaltet und infolgedessen auch traditionelle monetaristische Handlungsmuster in Frage stellt. Die sozialen und mentalen – und damit auch die politischen – Folgen dieses Transformationsprozesses sind gegenwärtig noch gar nicht absehbar. Sicher ist nur, dass sie erhebliche Risiken bergen. Dies gilt für die historisch bedingte deutsche Stabilitätsphilosophie, die offenkundig nicht ausreicht, um den gegenwärtigen Herausforderungen auf der europäischen Ebene zu begegnen. Jedenfalls befinden sich die Europäer und ihre Zentralbank mit ihrer Politik des billigen Geldes in guter internationaler Gesellschaft. Die europäischen Regierungen sind daher gefordert, die womöglich unvermeidlichen, in jedem Fall aber absehbaren sozialen Verwerfungen der Finanzkrise so zu begleiten und möglichst zu gestalten, dass sie den Rahmen demokratischer Kultur und Politik nicht sprengen.